

München, 01.09.2021

## Ausbildungsbeginn 2021: SPD-Fraktion fordert ausreichend Wohnheimplätze für Auszubildende und Stärkung der Berufsschulen

**SPD-Arbeitsmarktexpertin Diana Stachowitz: Es ist Aufgabe der Politik, Ausbildung attraktiver zu machen!**

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Diana Stachowitz** gratuliert den angehenden Auszubildenden zum heutigen (1.9.) Start in das Ausbildungsjahr 2021: „Wer sich heute für eine Ausbildung entscheidet, geht in eine sichere und spannende Zukunft. Denn Fachkräfte sind auf dem Arbeitsmarkt gefragter denn je. Ich wünsche deshalb allen angehenden Azubis einen guten Start und viel Erfolg für den neuen Lebensabschnitt.“

Stachowitz weist gleichzeitig auf die prekäre Situation vieler Auszubildender hin. Gerade in den teuren bayerischen Großstädten seien die Wohn- und Lebenskosten mit durchschnittlichen Azubi-Löhnen kaum zu bestreiten. Die SPD-Fraktion fordert daher ausreichend Wohnheimplätze für junge Menschen in Ausbildung sowie eine bayerische Mindestausbildungsvergütung: „Der SPD liegen Auszubildende besonders am Herzen: Deshalb haben wir uns auf Bundesebene für einen Azubi-Mindestlohn eingesetzt und fordern als Landtagsfraktion eine Mindestvergütung für Bayern, die sich am bayerischen Lohnniveau orientiert.“ Für Betriebe, die ausbilden, fordert die SPD-Fraktion eine bayerische Zusatzprämie.

Die schwierige Situation der Auszubildenden habe die Pandemie verschärft, moniert Stachowitz. Laut der [Corona-Ausbildungsstudie 2021 der DGB-Jugend](#) beklagt über die Hälfte der Befragten neben einer höheren Belastung und einer schwierigen Betreuungssituation in den Betrieben auch die Qualität des Distanzunterrichts in den Berufsschulen. „Dabei ist gerade die duale Ausbildung in Deutschland ein Erfolgsmodell. Sie ist unser Garant für gut ausgebildete Fachkräfte. Damit das so bleibt, müssen wir die Berufsschulen stärken, deren Vernachlässigung in der Pandemie offengelegt wurde! Über 50 Prozent der Auszubildenden waren mit der Qualität des Distanzunterrichts und der digitalen Ausstattung der Berufsschulen unzufrieden. Der Freistaat ist jetzt gefragt, endlich die notwendigen Mittel in die Hand zu nehmen, um die Berufsschulen wieder fit zu machen.“

Mit Blick auf die sich rasant wandelnde Arbeitswelt fordert Stachowitz ein Recht auf eine zweite Berufsausbildung: „Der erste September muss zukünftig auch der Startschuss für die zweite Berufsausbildung sein! Neue Jobs entstehen und alte fallen weg. Mit einem Recht auf eine

zweite geförderte Berufsausbildung, wie sie auch Olaf Scholz fordert, können wir für viele Menschen eine neue Perspektive eröffnen.“

Die SPD-Arbeitsmarktexpertin zeigt sich zudem besorgt über Rassismus und Diskriminierung in der Arbeitswelt. In einer [Umfrage des Stellenportals Indeed](#) unter 502 Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund in Deutschland gaben 41 Prozent der Befragten an, häufig oder manchmal Diskriminierung während Bewerbungen erfahren zu haben. Besonders betroffen davon sind Frauen, von denen rund die Hälfte Diskriminierungen erfahren hat: „Niemandem darf der Ausbildungsplatz verwehrt werden, weil der eigene Name nicht typisch deutsch klingt. Es ist erschreckend, wie viele junge Menschen von Diskriminierungserfahrungen bei Bewerbungen berichten. Die Unternehmen beschwören einerseits den Fachkräftemangel, aber lehnen andererseits Bewerbungen unabhängig von der Qualifikation ab. Dagegen brauchen wir konkrete Maßnahmen. Denn alle haben ein Recht auf eine gute Ausbildung!“, so Stachowitz.